

schen 'Hezb-e Wahdat' zu treffen.

Rabbani und Hekmatyar hatten am 24. Mai in Kabul ihr neues Bündnis mit einem "Friedenspakt" besiegelt. Vier Tage zuvor hatten sie sich erstmals seit vier Jahren in einem kleinen Ort östlich von Kabul persönlich getroffen. Das Abkommen beinhaltet einen Sechs-Punkte-Plan, der u.a. die Bildung einer neuen Übergangsregierung, die Durchführung von Wahlen sowie die Errichtung einer "islamischen Ordnung". Ferner solle die nationale Einheit des Landes verteidigt werden und eine islamische Armee gebildet werden. An der feierlichen Unterzeichnung in Kabul nahmen auch Rabbanis Militärführer Massud und sein Verbündeter Abdurrabb Rassul Sayyaf teil. Ein Taliban-Sprecher erklärte in Pakistan, das Abkommen sei nur dazu da, die Afghanen hinter Licht zu führen. Seine Bewegung werde den Kampf gegen die Regierung fortsetzen. Rabbani kündigte an, er wolle nun auch die drei bisher mit Hekmatyar im Obersten Koordinierungsrat der Islamischen Revolution verbündeten Parteien in das Abkommen einbeziehen. Bei einem Treffen mit Irans Vizeaußenminister Borudshardi in Kabul erklärte Rabbani, die Gespräche mit Hekmatyar wären "ohne Vermittlung des Iran niemals zustande gekommen".

Bereits am 3. Mai hatten in Dshalalabad die vier Parteien 'Hezb-e Islami' (Hekmatyar), 'Hezb-e Wahdat' (Khalili), 'Dshombesch-e Melli' (Gailani) und die 'Dshebha-ye Nedshat-e Melli' (Modshadedi) direkte Verhandlungen mit Rabbani beschlossen.

Offensive der Regierungstruppen

Nur einen Tag nach der Unterzeichnung des Rabbani-Hekmatyar-Pakts starteten die Regierungstruppen eine neue Offensive gegen die Taliban. Sie seien dabei erstmals von Kämpfern Hekmatyars unterstützt worden. Die Luftwaffe habe Taliban-Stellungen südöstlich sowie östlich Kabuls in der Provinz Logar angegriffen. Zehn Panzer sowie Luftabwehrraketen seien erbeutet, 70 Taliban getötet worden, hieß es aus Kabul.

In der zentralafghanischen Provinz Ghor gelang es den Taliban hingegen, eine weitere Regierungsoffensive abzuwehren. Sie eroberten am 30. Mai die Stadt Tschaghtscharan, Zentrum der Provinz Ghor. Einem ihrer Sprecher in Peshawar zufolge seien dabei 50 Regierungssoldaten getötet und 100 gefangengenommen worden.

Bereits im Mai hätten Angaben aus

Kabul zufolge Regierungstruppen die Distrikte Tschak und Dai-Mirdad in der Provinz Wardak südwestlich von Kabul von den Taliban zurückerobert. Zwischen diesem Gebiet und Kabul befindet sich das Taliban-Hauptquartier Maidanschahr. Die Taliban sollen auch weiter die strategisch wichtige Straße Kabul-Kandahar kontrollieren, die durch den Osten Wardaks führt.

Flucht nach Afghanistan?

Usama ibn Laden, der in den 80er Jahren im Auftrag der saudischen Regierung im pakistanischen Peshawar die Entsendung arabischer Freiwilliger für den Afghanistan-Krieg koordinierte und finanzierte, soll sich eventuell nach Afghanistan abgesetzt haben. Ihm werden enge Verbindungen zu Gulbuddin Hekmatyar nachgesagt. Dem Angehörigen einer reichen saudischen Familie war vor drei Jahren die Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Er lebte seitdem in Khartum (Sudan), von wo aus er auch oppositionelle saudische Gruppen unterstützt haben soll. Ibn Laden wird auch mit dem jüngsten Bombenanschlag im saudischen Dhahran in Verbindung gebracht.

Porträt des neuen Ministerpräsidenten Gulbuddin Hekmatyar

von Thomas Ruttig

"Sobald die ausländische Einflußnahme aufhört, wird der Frieden in Afghanistan wiederhergestellt werden." Als Gulbuddin Hekmatyar, der islamistische Mudshahedin-Chef, dies 1988 sagte, meinte er natürlich nicht sich selbst und seine ISI- und CIA-Connection. Immerhin hatte er während der sowjetischen Besetzung pakistanischen Geheimdienstangaben nach etwa 20 Prozent der drei Milliarden Dollar erhalten, die die CIA mindestens in den Kampf der Mudshahedin gegen die sowjetischen Truppen pumpte. Jahrelang war Hekmatyar ihr Favorit, mit seiner straff organisierten 'Islamischen Partei Afghanistans' und seiner engen Verbindung zu Pakistans Militärgeschäftsdienst ISI, die bereits Mitte der 70er Jahre entstanden sein soll. Die gute Partnerschaft mit Washington endete erst, als der eigensinnige Hekmatyar im Golfkrieg ausgerechnet die Seite Saddam Hussains ergriff. Bereits Mitte der 80er Jahre hatte er Washington brüskiert, als er ein Treffen mit dem damals amtierenden Ronald Reagan ablehnte. Begründung: Man

würde dann denken, er sei von Amerika abhängig. Doch zusammen mit den Einkünften aus dem großangelegten Heroinhandel haben gerade die CIA-Millionen Hekmatyar zu einem der Handvoll Hauptgewinnler aus dem mittlerweile fast zwanzig Jahre dauernden Afghanistankrieg gemacht.

Erneut war es ausländischer Einfluß, der ihn jetzt schon zum zweiten Mal seit dem Sturz des prosovjatischen Präsidenten Nadshibullah 1992 zum Ministerpräsidenten einer Mehrparteienregierung der Mudshahedin in Kabul machte. Die Ausöhnung von Ende Mai mit Präsident Burhanuddin Rabbani kam unter iranischem Druck zustande.

Seine erste "Amtszeit"



1992/93 war allerdings sehr ungewöhnlich, denn sein Büro in Kabul sah er niemals von innen. Die von seinem Erzfeind Ahmad Schah Massud kommandierten "Regierungsgruppen" verhinderten nach dem Fall des einst von der UdSSR gestützten Präsidenten Nadshibullah Hekmatyars Einzug in die afghanische Hauptstadt. Nachdem später in jenem Jahr Pakistan eine Verständigung unter den verfeindeten Mudshahedin-Führern herbeigeführt hatte und Hekmatyar "Premier" in einer "Allparteienregierung" geworden war, wiederholte sich das Spiel. Hekmatyar trat Ende 1993 frustriert zurück und löste gemeinsam mit seinem neuen Verbündeten, dem usbekischen Warlord Abdurrahman Dostam, eine neue Runde des Bürgerkrieges aus. Rücksichtslos beschossen sie Kabul und seine Zivilbevölkerung mit Raketen, wie sie es schon während der sowjetischen Besatzungszeit getan hatten.

Aber militärisch hatte Hekmatyar kein Glück. Sein bisheriger Hauptsponsor Pakistan ließ ihn wegen notorischer Erfolglosigkeit fallen und setzte auf das neue Pferd der Taleban. Die gaben ihm Ende 1995 den Rest. Sie überrannten Hekmatyars Hauptquartier Maidanschahr 40 Kilometer südwestlich von Kabul, eroberten seine Waffen- und Munitionsdepots und brachten das Gros seiner Kämpfer dazu, überzulaufen. Seitdem mußte sich Hekmatyar aufs Verhandeln verlegen. Mit der erneuten Übernahme des Premieramtes hat er nun Erfolg gehabt.

Der nun 50jährige Paschtune Hekmatyar nahm immer eine Sonderstellung unter den Mudshahedin-Anführern ein. Seine radikale islamistische Partei sah sich von Anfang an als Avantgarde unter den verschiedenen islamischen Gruppen an. Mancher Autor schreibt das der Tatsache zu, daß er Anfang der 70er Jahre zwei Jahre lang Mitglied der linksgerichteten Demokratischen Volkspartei Afghanistans gewesen sei. Aber das ist umstritten, genauso wie Gerüchte, er arbeite für den KGB. Hekmatyar war immer nur sein eigener Agent.

Der Paschtune vom Stamme der Kharuti aus Baghlan (Nord-Afghanistan) studierte an der Universität Kabul zwei Semester Ingenieurwissenschaften, bevor er sich der islamischen Studentenbewegung anschloß. Die nahm ihn bald voll in Anspruch. 1972/73, unter dem König, verbrachte er zwei Jahre wegen regierungsfeindlicher Aktivitäten im Knast. 1974 mußte er nach einem angeblichen Putschversuch untertauchen. Im Juli 1975 schlug ein von ihm geleiteter Aufstand in Ostafghanistan fehl, und er floh nach Pakistan. Dort gründete er auch seine Partei, deren Vorsitzender ("Amir") er seit Dezember 1978 ist.

Seine "Verbündeten" während des Krieges gegen die Sowjets - die anderen Mudshahedin-Gruppen - warfen Hekmatyar immer wieder vor, mehr gegen sie als gegen die Sowjets zu kämpfen. Immer wieder tauchten Gerüchte auf, er sei Agent des KGB oder der afghanischen Regierung. Diese Behauptung

stützte zum Beispiel, daß er wiederholt gerade Ahmad Schah Massud im Pandshir-Tal, dem erfolgreichsten Mudshahedin-Feldkommandeur, die Nachschubrouten abschnitt. Mitte 1989 wurde ihre Rivalität zur bis heute andauernden Erzfeindschaft. Damals brachten Hekmatyars Leute in einen Hinterhalt 36 Kommandeure Massuds um, darunter mehrere enge Freunde. Massud rächte sich im April 1992, als er Hekmatyars Einzug in Kabul verhinderte.

Hekmatyar tritt für die Errichtung eines islamischen Staates in Afghanistan ein. Aber nicht nach iranischen Modell: Dort herrscht die Geistlichkeit, während bei Afghanistans Mudshahedin eher weltlich gebildete, jüngere Intellektuelle wie Hekmatyar das Sagen haben. Was er sich darunter vorstellt, hat er in dem Gebiet unter seiner Kontrolle bereits vorexerziert: Er verbot öffentliches Musizieren, führte das Pflichtgebet ein und untersagte den Frauen das "ziellose Umherschlendern". Wählen dürfen sie seiner Ansicht nach sowieso nicht.

Auch sein neuer Pakt mit Rabbani ist ein reines Zweckbündnis. Es dient beiden Seiten: Rabbani, von der UNO nicht mehr anerkannt, kann seine Basis verbreitern und mehr Legitimität erwerben, und Hekmatyar ist wieder im Spiel um die Macht. Wenn der gemeinsame Gegner, die Taleban, ausgeschaltet oder neutralisiert sind, geht die Allianz wieder in die Brüche. Dann könnten die Brüder von heute wieder zu den Feinden von gestern werden.

Interview:

"Wir kämpfen nicht um die Macht"

Interview mit Scher Mohammad Abbas Stanizai von der diplomatischen Abteilung der Taleban

Sie haben in der Bundesrepublik mit deutschen Stellen gesprochen. Wie sind Sie mit den Gesprächen zufrieden?

Wir sind seit 14 Tagen hier in Deutschland. Wir hatten offizielle Gespräche mit dem Auswärtigen Amt, mit dem BMZE, mit der SPD und auch mit einigen Professoren der Universität Bonn sowie mit Parlamentsmitgliedern. Die Ergebnisse sind gut, wir sind zufrieden. Unter anderem haben wir politische Fragen erörtert und über die Situation in Afghanistan diskutiert. Wir haben auch über einige Wirtschaftsprojekte gesprochen.

Das sind die ehemaligen BRD-Entwicklungsprojekte...

Ja.

Was hat die deutsche Seite gesagt? Will sie die Projekte wieder aufnehmen?

Wir haben kein Protokoll darüber unterschrieben, aber sie haben uns gesagt, daß sie tun wollen, was sie können. Sie haben gesagt, sie wollen uns helfen, vor allem im Bildungsbereich, mit Schulma-

terialien, Lehrern usw.

Die Taleban stellen ja nicht die Regierung. Gab es deswegen nicht Probleme?

Nein, damit hatten sie keine Probleme. Sie haben uns natürlich gesagt, daß Rabbani die Zentralregierung stellt und nicht die Taleban. Aber trotzdem könnten sie für uns etwas in humanitären Belangen tun.

Auf einer Pressekonferenz in Bonn haben Sie erklärt, die Taleban wollen eine friedliche Lösung für die Probleme in Afghanistan. Wie soll die aussehen?

Wir haben das immer erklärt. Wir haben die Vereinten Nationen und befreundete Länder aufgefordert, zu kommen und eine Lösung für Afghanistan zu finden. Wir wollen nicht mit den Fraktionen kämpfen, die es schon in Afghanistan gibt. Wir sind bereit, uns mit ihnen zusammenzusetzen und eine friedliche Formel für Afghanistan zu finden.